Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 63 — Montag, 4. Februar — Morgen-Ausgabe — Jahrgang 211

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1.25, für das Vierteljahr Mk. 3.75 frei ins Haus. Durch die Post bezogen monatlich Mk. 1.34, für das Vierteljahr Mk. 4.02, einschließlich der postal. Zustellungsgebühr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. Kostenlose Beilage: „Hallescher Courier".

Anzeigenpreis: Für Halle und Vororte kostet die 40 mm breite Kolonelzeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen 20 Pfg. mit 10% Aufschlag. Auswärtige Anzeigen Zeile 30 Pfg. mit 10% Aufschlag. Reklamen 100 Pfg. Rabatt nach Tarif. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle und allen bekannten Annoncen-Expeditionen. Postscheckkonto Leipzig 50512.

Geschäftsstelle Leipzigerstraße 61/62. Fernruf Sammelnummer 7801. Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 u. 5609. Hauptschriftleiter: Dr. Hans Simon, Halle-Saale.

Eigene Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung Bernburgerstraße 30. — Fernsprecher Amt Kurfürst Nr. 6296. Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Lebhafte Artilleriekämpfe an der Westfront

Energisches Auftreten der Ukrainer in Brest-Litowsk

Abrechnung mit Trotzki

Brest-Litowsk, 2. Febr. Gestern nachmittag fand unter Teilnahme sämtlicher Delegationen einschließlich der Russischen in Brest-Litowsk wieder eingetroffenen Abordnung der ukrainischen Rada eine Vollsitzung statt, die den Zwecke hatte, die Stellungnahme der beteiligten Regierungen zu der ukrainischen Zentralrada endgültig zu klären. Zu Beginn der Sitzung teilte der Vorsitzende, bulgarischer Militärbevollmächtigter, Oberst Gantschew, mit, daß an die Stelle des bisherigen Vorsitzenden der Abordnung, des Justizministers Popow, von jetzt ab der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow trete.

Der Sewrjuk, der hierauf das Wort ergriff, gab bekannt, daß anstatt des bisherigen Vorsitzenden der Abordnung der ukrainischen Rada, Herrn Holubowitsch, er selber den Vorsitz in der Abordnung übernehme. Auf die Tagesordnung übergehend wies der Redner dann einleitend auf das in der Plenarsitzung am 10. Januar 1918 verlesene Universal III der ukrainischen Zentralrada vom 7. November hin, womit die ukrainische Volksrepublik proklamiert und deren internationale Stellung bestimmt worden sei. Die internationale Stellung der ukrainischen Volksrepublik sei damals sowohl durch den Rat der Volkskommissare, als auch durch die Vertreter der vier verbündeten Mächte anerkannt worden. Im Sinne dieser Erklärungen sei dann auch während des Ganges der Verhandlungen bis zur letzten Unterbrechung die ukrainische Delegation von allen Kontrahentenparteien stets als die Delegation eines unabhängigen Staates angesehen worden. Nach der Unterbrechung der Konferenz habe nunmehr Herr Trotzki versucht, die Stellung und

Rechte der ukrainischen Delegation

zu leugnen, wobei er sich auf das bis dahin nie erwähnte Verbandensein des Exekutivausschusses in Charkow berufen habe. Die ukrainische Delegation halte es für notwendig, festzustellen, daß die von Herrn Trotzki in dieser Sitzung gehaltene Rede in vollständigem Widerspruch zu seinen früheren Erklärungen stehe, weshalb sie gezwungen sei, folgende

Erklärung

abzugeben:

„Wir sind durchaus einer Ansicht mit Herrn Trotzki, daß in dem staatlichen Leben der Ukraine Veränderungen vorgekommen sind, die aber ganz anderer Natur sind als die, auf die Herr Trotzki hinwies. Das Wesen dieser Veränderungen steht im Zusammenhang mit dem 4. Universal der ukrainischen Zentralrada vom 24. Januar. In dieser heißt es: Von nun ab bildet die ukrainische Volksrepublik einen selbständigen und von niemand abhängigen freien und souveränen Staat des ukrainischen Volkes. Hierzu müsse er bemerken, daß die Regierung der ukrainischen Volksrepublik bestrebt gewesen sei, einen Bund aller Republiken zu schaffen, die auf dem Gebiete des früheren russischen Kaiserreiches entstanden seien und eine gemeinsame föderative Regierung in Rußland zu bilden. Da aber bis zur Erlassung des 4. Universals trotz aller Versuche der ukrainischen Regierung ein kollektives gemeinsames föderatives Organ nicht zustandegekommen sei und da aus der augenblicklichen Lage hervorgehe, daß ein solches auch nicht zustande kommen könne, so habe die ukrainische Zentralrada die Bildung einer föderativen Regierung fallen lassen müssen und habe durch das 4. Universal die Ukraine zum ganz selbständigen und von niemand abhängigen Staat proklamiert. Die ukrainische Rada habe in demselben Universal erklärt, daß sie mit allen angrenzenden Staaten in Frieden und Freundschaft leben wolle, daß aber kein einziger von ihnen sich in das Leben der selbständigen ukrainischen Republik einmischen dürfe. Folglich habe das 4. Universal in klarer Weise sowohl die internationale rechtliche Stellung der ukrainischen Volksrepublik als auch ihre Politik gegenüber allen Nachbarländern bestimmt. Was die von Herrn Trotzki nun angeführten Argumente anbelange, so entbehren diese jeder Bedeutung. Die Berufung darauf, daß in der ukrainischen Volksrepublik der Exekutivausschuß in Charkow die Interessen der arbeitenden Klassen besser vertrete, sei leicht zu widerlegen. Sie berühre aber das Gebiet der inneren Angelegenheiten, die nicht der internationalen Kontrolle unterliegen. Noch weniger überzeugend sei die Berufung Trotzkis darauf, daß die ukrainische Delegation keine Bevollmächtigung habe, weil sie nicht vom Exekutivausschuß in Charkow anerkannt sei. Nach diesem Argumente müßte in erster Linie die russische Delegation ihre Vollmachten niederlegen, da in ihr weder Vertreter der Moldau noch der Krim, noch der Donkosaken, noch der kaukasischen Volksstämme, noch Sibiriens vertreten seien, die ebenfalls nicht die Regierung des Rates der Volkskommissare anerkennen.

Um nun neuen falschen Auslegungen von irgendwelcher Seite vorzubeugen, und für die Zukunft Erklärungen der russischen Delegation zu vermeiden, die untereinander im Widerspruch stehen, schlage die ukrainische Delegation vor, die ukrainische Republik als durchaus selbständigen und von niemandem abhängigen Staat formell anzuerkennen und damit endgültig deren internationale Stellung als auch die Berechtigung der Delegation festzustellen."

Anknüpfend hieran erklärte Herr Trotzki: Es sei in keiner Weise zu bestreiten, daß er hier seinerzeit erklärt habe, die zwischen der Kiewer Rada und der Petersburger Regierung bestehenden Konflikte könnten keinen Einfluß darauf ausüben, daß er die Ukraine als unabhängigen Staat anerkenne. Die Anerkennung der Selbständigkeit der Unabhängigkeit eines Staates könne aber nicht mit der Anerkennung dieser oder jener Regierung vermengt werden. In welchem Maße die internationale rechtliche Stellung der Ukraine noch im Werden begriffen sei, ginge daraus hervor, daß man heute aus dem Munde des Vorsitzenden der ukrainischen Delegation eine außerordentlich wichtige prinzipielle Aenderung des Standpunktes der Kiewer Rada in der Frage der internationalen rechtlichen Stellung der Ukraine erfahren habe. Die Kiewer Rada lehne eine Beteiligung an der föderativen russischen Republik ab, und dies erfolge jetzt, nachdem auf dem dritten Kongreß der Sowjets unter Teilnahme von Vertretern des ukrainischen Volkes der russische Staat als föderative Republik anerkannt worden sei. Unter den Bitten an seinen (Trotzkis) Ausführungen, auf die sich der Vorsitzende der Kiewer Rada berufe, fehle aber ein Zitat, das von entscheidender Bedeutung für die Lösung dieser Frage sei. Er, Trotzki, habe damals, ohne einen Protest seitens der Delegation der Kiewer Rada hervorzurufen, darauf hingewiesen, daß gerade infolge der vorläufig noch ungeklärten Situation in der Ukraine, insbesondere bezüglich ihrer Grenzen, in allen strittigen Fragen eine vorhergehende Einigung der beiden hier vertretenen Delegationen notwendig sei. Diese Erklärung habe auch eine negative Seite, d. h. jedes Einvernehmen der Kiewer Rada mit den Mittelmächten das wegen der noch nicht erfolgten Abgrenzung zwischen diesen beiden Staaten einen Widerspruch von Seiten der russischen Delegation hervorrufe, verliere dadurch seine Kraft und werde von selbst hinfällig.

Die Mittelmächte hätten ein Interesse daran, ihr Verhältnis zur Ukraine in materieller Hinsicht präzisieren zu können, damit sie nicht fiktive Größen für tatsächliche ansehen. Gerade deshalb halte er es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß in manchen Kreisen die

separatistischen Tendenzen

im heutigen revolutionären Rußland überschätzt werden. In den Randgebieten des früheren russischen Reiches seien grade jetzt diejenigen Klassen, Gruppen und Schichten die Träger der separatistischen Gedanken, die unter dem alten Regime in hartnäckigster Weise für den Zentralismus eingetreten seien. Je mehr sich die Macht der Sowjets im ganzen Lande festige, desto mehr verlegten die besitzenden Klassen ihre separatistischen Tendenzen auf die Randgebiete. Wenn diese Gruppen im jetzigen Rußland siegen würden, dann würden sie sofort wieder zu Trägern der Zentralisation werden. Die Vertreter der Mittelmächte könnten hier natürlich nicht die Rolle eines Schiedsrichters über die jetzigen Verhältnisse Rußlands und in der Ukraine übernehmen. Solange die Delegation der Kiewer Rada ihre Vollmachten beibehalte, erhebe er keinen Einspruch gegen deren selbständige Teilnahme an den Verhandlungen. Er müsse aber jetzt, wo auch Vertreter des ukrainischen Exekutivausschusses in den Verband der russischen Delegation eingetreten seien, mit doppeltem Nachdruck wiederholen, daß nur derartige Abkommen mit der Kiewer Rada die Anerkennung finden könnten, die auch von Seiten der russischen Delegation anerkannt würden.

Hierauf erbat das Mitglied der ukrainischen Delegation, Herr Lubynsky das Wort zu nachstehenden Darlegungen:

Die Mitglieder der ukrainischen Friedensdelegation hätten stets auf dem grundsätzlichen Standpunkte gestanden, daß die in Brest-Litowsk versammelten Vertreter derjenigen Staaten, die einen Friedensschluß erstreben, sich nicht über innere Angelegenheiten ihrer Gegner auszusprechen haben und daß innere Kämpfe und Vorgänge innerhalb der Staaten keineswegs während der offiziellen Verhandlungen zur Kenntnis der Gegenpartei zu bringen wären. Sie hätten mehrfach Gelegenheit gehabt, mit

entschiedenem Protest aufzutreten

gegen die Meldungen des Herrn Trotzki,

der die Beziehungen zwischen den einzelnen Völkern des früheren Rußland und den auf seinem Gebiete entstandenen neuen Staaten wiederholt falsch dargestellt hat. Da jetzt das vierte Universal der Zentralrada die vollständige Unabhängigkeit unserer Republik proklamiert hat und da die ukrainische Republik auch von Deutschland und den anderen Mächten anerkannt worden ist, hören diese Fragen auf, innere Fragen für uns zu sein und unsere verantwortungsvolle Mission gegenüber unserem Volke nötigt uns jetzt mit entschiedenem Protest gegen falsche Behauptungen aufzutreten, die in unserer Abwesenheit von Herrn Trotzki gemacht worden sind. Im Jahre 1917 hat Rußland, dieses Land, das von so vielen verschiedenen Völkern bewohnt wird, die ihre verschiedenen politischen Aufgaben haben und in den verschiedensten historischen Bedingungen aufgewachsen sind, anhaltend Revolutionen erlebt; an dem Steuerrade dieser russischen Republik haben im Laufe dieses Jahres verschiedene Regierungen gestanden. Das Jahr hat begonnen unter dem Zepter eines Kaisers, und es endete, nachdem es die Stadien einer kadetischen und einer sozialkadettischen Regierung durchlaufen hatte, genau mit derselben Schießerei auf den Straßen Petersburgs wie mit den eifrigen Vorbereitungen der bolschewistischen Regierung zur Vertreibung der konstituierenden Versammlung. Nur in einer einzigen Beziehung sind alle diese verschiedenen Regierungen durchaus solidarisch geblieben: in ihren kapitalistischen Bestrebungen und in ihrem gierigen Wunsche, die neu entstehenden Völker zu erdrosseln und alles unter ihre Macht zu bekommen. Die Regierung der Bolschewiki hat das Prinzip des Selbstbe-

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 3. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An der flandrischen Front kam es am Nachmittage zwischen dem Houthoulster Wald und der Lys zu lebhaften Artilleriekämpfen. Auch in der Gegend von Lens, beiderseits der Scarpe und westlich von Cambrai lebte die Feuertätigkeit zeitweilig auf. Bei Mouchy wurde ein starker Erkundungsvorstoß der Engländer abgewiesen.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht

Am Oise—Aisne-Kanal ließen die Franzosen bei einem gescheiterten Unternehmen Gefangene in unserer Hand. Längs der Ailette, im Abschnitt von Reims, auf den Maashöhen und am Hartmannsweilerkopf vielfach Artillerietätigkeit. Unsere Infanterie brachte von Erkundungen auf dem Ufer der Maas und nördlich von Badonviller einige Franzosen zurück.

Italienische Front

Lebhafter Feuerkampf auf der Hochfläche von Asiago.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 3. Febr., abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts neues.

U-Boots-Beute an der englischen Ostküste

Berlin, 2. Februar. (Amtlich.) Dicht unter der englischen Ostküste wurden durch unsere U-Boote bei starker Bewachung und Gegenwirkung kürzlich sechs Dampfer, sowie der englische Schlepper „Desire" mit zwei Motorleichtern versenkt. Die Dampfer waren fast durchweg tief beladen, einer von ihnen mit Holz.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Von Schiffen, die an der englischen Ostküste versenkt werden, darf gegenwärtig vermutet werden, daß sie hauptsächlich dem Verkehr mit Skandinavien dienen. Im Handel mit Skandinavien besaß früher die englische Holzeinfuhr hervorragende Bedeutung. Großbritannien hat wenig Wälder, braucht aber viel Holz zum Absteifen seiner Kohlen- und Erzgruben, sowie zum Barackenbau. Der Mangel an Schiffsraum hat auch diese Rohstoffquelle versiegt. „Das Holzgeschäft", schreibt ein englisches Fachblatt vom 15. Dez., „hat sich so sehr verschlechtert, daß es schlimmer gar nicht aussehen kann." Laut „Handelsblad" vom 16. Jan. ging die englische Grubenholzeinfuhr 1917 auf 0,7 Millionen Lasten zu je 1,4 cbm zurück gegen 1,4 Millionen Lasten in 1916 und 1,75 Millionen Lasten 1913. Anderes Holz kommt noch weniger hinein. Die schwedischen Ostseelieferungen haben aufgehört, nur Norwegen und Frankreich schicken noch. Da diese Einfuhr aber nicht entfernt zur Deckung des englischen Bedarfes genügt, stellte Lloyd George schon im vergangenen Frühjahr sein inzwischen fehlgeschlagenes Holzprogramm auf. Die einzige bekanntgewordene Wirkung dieses Programms ist die, daß die schönen Wälder von Südwales verschwunden sind.

Eine russische Gegenerklärung

Hierauf gab auf Aufforderung Trotzkis der der russischen Delegation angehörige Vertreter des ukrainischen Exekutivausschusses, Herr Miedwjedjew eine Erklärung ab, in der er ausführte: Der ukrainische Exekutivausschuß habe Anfang an die Kiewer Rada nicht für berechtigt gehalten, im Namen des ukrainischen Volkes zu sprechen. Was die jetzigen Friedensverhandlungen betreffe, so stehe der Exekutivausschuß der ukrainischen Republik ganz auf jenen Grundsätzen des demokratischen Friedens, der durch die russische Delegation propagiert und von den ukrainischen Sowjets bestätigt worden sei. Frieden ohne Annexion und Kontribution, der den Völkern das Recht der Selbstbestimmung sichere. Was die okkupierten Gebiete anbetreffe, so teile der Exekutivausschuß ganz den Standpunkt, den die russische Delegation hier vertreten habe und erklärte, daß das ukrainische Volk irgendwelche Uebereinkommen und Verträge mit der Kiewer Rada nicht anerkennen werde und daß dieselbe nicht zum Leben gelangen würde, wenn sie nicht durch die Delegation der föderativen russischen Republik anerkannt und gutgeheißen worden sei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191802041-13/fragment/page=0001

Stimmungsrechtes der Völker nur zu dem Zwecke proklamiert, um es desto entschiedener in seiner praktischen Durchführung zu bekämpfen. Die letzten Erklärungen der Bolschewiki über die vollkommene Freiheit der Völker Rußlands sind ein groß demagogisches Mittel. Die Regierung der Bolschewiki, die die konstituierende Versammlung auseinandergejagt hat und sich nur auf die Bajonette der Söldner, der Roten Garde, stützt, wird sich nie dazu entschließen, in Rußland solche die hoch gerechten Prinzipien des Selbstbestimmungsrechtes durchzuführen; denn sie weiß sehr wohl, daß nicht nur die zahlreichen Republiken, die Ukraine, das Don-gebiet, der Kaukasus und andere, sie nicht als ihre Regierung anerkennen werden, sondern daß auch das russische Volk selbst ihr dieses Recht versagen wird. Aus Furchtvor der Entwicklung der nationalen Revolution haben die Bolschewiki mit der ihnen angeborenen Demagogie, sowohl in Rußland selbst wie hier auf der Friedenskonferenz das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes aufgestellt. Zur Bekämpfung der Durchführung dieses Prinzips in die Praxis nehmen sie ihre Zuflucht nicht nur zu den Söldnerscharen der Roten Gardt, sondern sie schreiten noch zu schlimmeren und unzulässigeren Mitteln, sie unterdrücken die Zeitungen, jagen politische Versammlungen auseinander, verhaften und erschießen Politiker und greifen schließlich dazu, durch vollständig falsche und tendenziöse Schilderungen die Autorität der Regierung der einen oder der anderen jungen Republik zu untergraben. Bekannte Sozialisten und alte Revolutionäre werden von ihnen beschuldigt, als wären sie Bourgeois und Gegenrevolutionäre. Die Regierung der Bolschewiki erklärt den Heiligen Krieg der Republik, indem sie die Vertreibung der Bourgeoisregierungen verlangt, mit denen angeblich die sozialistische Regierung der Bolschewiki selbst über die Beendigung des brudermordenden Krieges keine Verhandlungen pflegen will.

So führt die Regierung der Bolschewiki anstatt des Grundsatzes des Selbstbestimmungsrechts den Grundsatz der Anarchie und der Zerrüttung durch, da sie weiß, daß es leichter ist zu zerstören, als neu zu schaffen, und sie hält sich an das alte französische Sprichwort: Verleumde, verleumde, es wird schon etwas haften bleiben.

Der Kampf der Petersburger Regierung gegen die Regierung der ukrainischen Republik und ihre offensichtige Unaufrichtigkeit bei der Anerkennung der Berechtigung unserer Delegation hat schon früher bei uns nicht unbegründeten Verdacht hervorgerufen, wir waren überzeugt, daß Herr Trotki sehr bald versuchen würde, sich von den durchaus klaren und unzweideutigen Worten loszusagen, mit welchen er unsere Delegation als bevollmächtigte Vertretung unserer Republik anerkannt hatte. Unsere Erwartungen haben sich bewahrheitet. Am Tage, an welchem wir nach Kiew abreisten, um unsere endgültige Instruktion einzuholen, ist auf Aufforderung und unter gütiger Mitwirkung der Bolschewiki über Petersburg und Dünaburg eine neue Delegation über eingetroffen, welche das Ziel hatte, unsere Autorität in den Augen der arbeitenden Massen Europas zu untergraben. Um die Rechte und den Charakter dieser Delegation genauer zu begründen und zu umschreiben, müssen wir näher auf diesen Punkt eingehen.

Das durch gemeinsame Ideale und gemeine nationale Bestrebungen geeinte ukrainische Volk, das zu ruhigen und geordneten Formen des staatlichen Lebens neigt, hat sich vom ersten Augenblick an mit Eifer der schon lange erwarteten Möglichkeit des staatlichen Aufbaues gewidmet. Die ukrainischen Arbeiter, Soldaten und Bauern haben es unter dem Schutze der aus ihren Reihen hervorgegangenen ukrainischen Intelligenz nicht nur verstanden, sich selbst zu organisieren, sondern sie haben auch nach alle Bevölkerungsgruppen nicht ukrainischer Herkunft, welche auf ukrainischem Boden leben, mit herangezogen. Als Ergebnis dieser Arbeit, die durch die langjährigen Bemühungen der ukrainischen Politiker vorbereitet war und als Produkt der ukrainischen revolutionären Schaffenskraft ist die ukrainische Rada entstanden, die sich aus den Vertretern der ukrainischen Soldaten, Bauern und Arbeiter zusammensetzt. Die ukrainische Rada hat durch ihre Universale dem ukrainischen Volk seinen Weg gewiesen. Die ukrainische Rada, die schon im Juni v. Js. die erste ukrainische Regierung, das Generalsekretariat, gewählt hat, hat damit die erste Regierung in Rußland geschaffen, die ausschließlich aus Sozialisten zusammengesetzt ist. So hat das ukrainische Volk Schritt für Schritt durch eigene Arbeit seinen eigenen Staat geschaffen und zur Einmischung in unsere inneren Verhältnisse hat die Petersburger Regierung keinerlei Veranlassung und keinerlei Grund. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß nach dem Gebiet der Ukraine und nach den daran anschließenden Fronten schon unter dem zarischen Regime vorzugsweise Soldaten nichtukrainischer Abstammung hingeschickt wurden, und es ist während der Revolution nicht gelungen, die Ukraine von diesen zugezogenen und ihr fremden Elementen zu befreien. Während die ukrainischen Soldaten von allen Kriegsschauplätzen und von allen Fronten ihre Delegierten an die Frontkongresse nach Kiew schickten und sich alle um die ukrainische Militär-Rada scharten, die einen Teil der Kiewer und Zentral-Rada bildet, haben die nichtukrainischen Soldaten in einigen Städten der Ukraine ihre Soldatenräte gegründet, die keinerlei Einfluß haben auf das Leben der um sie liegenden Gebiete. Manchmal allerdings nehmen an diesen Sowjets auch Vertreter der betreffenden Städte teil. In dem Wunsche, sich unter diesem oder jenem Vorwande in das innere Leben der Ukrainer einzumischen, haben die Petersburger Bolschewiki angefangen, von der ukrainischen Regierung zu verlangen, daß die ganze Regierungsgewalt in der Ukraine gerade diesen Soldatenräten übergeben werde, wie jede Verücksichtigung haben die Bolschewiki auf der Friedenskonferenz aufgestellten Forderungen, — daß fremde Truppe aus besetzten Gebieten fortzuführen seien —. Natürlich konnte die ukrainische Regierung diese Forderung nicht erfüllen.

Den zweiten Anlaß zur Einmischung in das innere Leben unserer Republik bildete die Forderung der Petersburger Bolschewiki, Neuwahlen der Zentralrada zu veranstalten. Indem ich beiseite lasse, daß eine derartige Forderung eine offenbare Verletzung des Selbstbestimmungsrechts ist, ist diese Forderung auch deswegen unburchführbar, weil die Vorschriften über die Vertretung in der Rada jeden Augenblick den Wählern das Recht geben, ihren Vertreter in der Rada abzuberufen und ihn durch einen anderen zu ersetzen. Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung ganz Rußlands, die Ende November vorigen Jahres stattfanden, führten auf dem ganzen Gebiet der Ukraine zu einem glänzenden Siege der ukrainischen Zentralrada und zum Siege der darin organisierten Parteien, indem von den ukrainischen Kandidaten über 75 Prozent gewählt worden sind, während die anderen Parteien, die in der Zentralrada vertreten sind, etwa 15 Prozent, die Bolschewiki sogar weniger als 10 Prozent erzielt haben. Zum Beispiel sind im Gouvernement Kiew auf Grund unserer Wählerlisten 20 von unseren Kandidaten von 22 vorgeschlagenen gewählt worden, im Gouvernement Podolien von 19 Kandidaten 18, in Wolhynien von 10 Kandidaten 9, in Poltawa von 17 14 usw. Ich nehme an, daß das genügt. Das sind die Mittel, auf welche sich die ukrainische Zentralrada stützt und in deren Namen wir hierher gekommen sind, um hier zu sprechen. Jetzt hat die Petersburger Regierung beschlossen, zum letzten Mittel zu greifen. Sie hat am 2. Dezember in Kiew unter dem schweigenden Einverständnis der Zentralrada den ukrainischen Kongreß der Bauern und Soldaten einberufen. Auf dem Kongreß trafen über 2000 Delegierte ein, und entgegen den Hoffnungen der Einberufer begannen sie ihre Sitzungen mit lauten Ovationen für die Kiewer Zentralrada und deren Vorsitzenden, Herrn Professor Gruszewski, und haben der Zentralrada mit überwältigender Mehrheit ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Nach diesen Vorgängen ist eine kleine Gruppe von Bolschewiki, etwa 80 Mann, von diesem Kongreß entflohen, ist nach Charkow übersiedelt und hat sich als neue Regierung der ukrainischen Volksrepublik erklärt. Die Volkskommissare haben dorthin unorganisierte Banden der Roten Garde entsandt, um die Bevölkerung des Gouvernements Charkow auszuplündern und die Charkower Regierung vor den Bewohnern des Gouvernements Charkow zu schützen. So ist die Charkower Regierung entstanden und das sind die Kräfte, auf die sie sich stützt! Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß sie nicht nur nicht berufen ist, die ukrainische Republik zu vertreten, sondern daß sie kaum als Vertretung der Stadt Charkow angesehen werden kann. Auf die anderen Bemerkungen des Herrn Trotki, die wörtlich oder nur zwischen den Zeilen erfolgt sind, halte ich es nicht für nötig, zu antworten. Unsere Zukunft, unsere Geschichte, unsere Nachkommen und die breiten Massen des arbeitenden Volkes, die auf beiden Seiten der Frontlinie stehen, werden selber darüber entscheiden, wer von uns Recht hat und wer die Schuld hat, wer Sozialist ist und wer Gegenrevolutionär, wer schafft und wer das Geschaffene zerstört.

Hierauf gab der Vorsitzende der österreichisch-ungarischen Delegation, Graf Czernin im Namen der Delegationen folgende Erklärung ab:

„Im Namen der Delegationen der vier verbündeten Mächte bestre ich mich, zu der abgegebenen Erklärung der ukrainischen Delegation folgendes auszuführen: Wie bekannt, hat der Vorsitzende der ukrainischen Delegation Staatssekretär Holubowytsch in der Plenarsitzung vom 10. Januar 1918 erklärt, die ukrainische Volksrepublik nehme, fußend auf dem 3. Universal der ukrainischen Zentralrada vom 7./20. November 1917 „ihre internationale Existenz wieder auf" und trete „im vollen Umfange der ihr auf diesem Gebiete zukommenden Rechte in internationale Beziehungen ein". Mit Rücksicht hierauf hatte es die Regierung der ukrainischen Volksrepublik für richtig, „auf den jetzigen Friedensverhandlungen eine selbständige Stellung einzunehmen". Hierauf habe ich in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 namens der vier verbündeten Mächte folgende Erklärung abgegeben:

„Wir erkennen die ukrainische Delegation als selbständige Delegation und als bevollmächtigte Vertretung der selbständigen ukrainischen Volksrepublik an."

Im Hinblick auf die veränderte Stellung, welche der Vorsitzende der russischen Delegation in der Plenarsitzung vom 30. Januar in dieser Frage eingenommen hat, wonach nur solche Abkommen mit der Ukraine anerkannt und aktiviert werden könnten, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußland formell bestätigt seien, geben die Delegationen der vier verbündeten Mächte angesichts des eben dargelegten Standpunktes der Delegation des Kiewer Volksministerrates folgende Erklärung ab:

Wir haben keinen Anlaß, die in der Plenarsitzung vom 12. Januar 1918 erfolgte Anerkennung der ukrainischen Delegation als einer selbständigen Delegation und als einer bevollmächtigten Vertretung der ukrainischen Volksrepublik zurückzunehmen oder einzuschränken. Wir sehen uns vielmehr weiter veranlaßt, die ukrainische Volksrepublik schon jetzt als unabhängigen, freien, souveränen Staat anzuerkennen, der in der Lage ist, selbständig internationale Abmachungen zu treffen.

Herr Trotki bemerkte kurz, er habe seine bisherige Auffassung über die ukrainische Staatsfreiheit nicht geändert und müsse darauf hinweisen, daß es den vier verbündeten Mächten schwer fallen werde, die geographischen Grenzen der von ihnen soeben anerkannten Republik anzugeben. Bei Friedensverhandlungen seien aber die Grenzen eines Staates keine gleichgültige Frage.

Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

Eine Erklärung der finnischen Bevollmächtigten

Berlin, 2. Febr. Die hiesigen Bevollmächtigten der finnischen Regierung lassen dem Wolffschen Telegraphen-Büro folgende Erklärung zukommen:

Herr Trotki hat in der letzten Sitzung der Friedensdelegation erklärt, daß die gegenwärtige finnische Regierung gestürzt und ersetzt sei durch eine Arbeiter- und Bauernregierung, und daß er keinerlei Hindernisse dafür sehe, daß Abgeordnete dieser Regierung an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk teilnehmen.

Dem gegenüber erklären wir, daß die Regierung Finnlands keineswegs gestürzt ist, daß sich vielmehr nur im Süden Finnlands eine sozialistische Regierung, unterstützt von russischen bolschewikischen Truppen, vorübergehend der Macht in einem kleinen Teil des Landes ohne gesetzliche Berechtigung lediglich gestützt auf brutale Gewalt, bemächtigt hat, sowie daß in dieser Regierung keine Bauern sind, die übrigens dem bolschewikischen Umtriebe durchgehend feindlich gegenüberstehen. Die rechtsmäßige Regierung, die auf legalem Wege vom Landtage eingesetzt ist, hat die Hauptstadt verlassen müssen, ihre Bevollmächtigten beherrschen aber den größten Teil des Landes, das sich in den Händen der Ordnungsmacht befindet.

Wir sind von der rechtsmäßigen finnischen Regierung mit autoritativer schriftlicher Vollmacht ersehen, an den Beratungen in Brest-Litowsk als Repräsentanten Finnlands teilzunehmen. Wenn irgendeine finnische Delegation berechtigt ist, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen, so können nur wir bzw. die später vom Landtage gewählte größere Delegation, der auch wir zugehören, als Bevollmächtigte des finnischen Volkes in Betracht kommen.

Berlin, den 2. Februar 1918.

gez. Staatsrat Hjalt. gez. Professor Erich.

Wachsende Mißstimmung gegen die Bolschewikiherrschaft

Der Petersburger Berichterstatter des „Daily Chronicle" meldet: Die allgemeine Stimmung der Massen in den Straßen ist nervös und reizbar. An den Straßenecken finden wieder Versammlungen statt. Hierbei wenden sich die Leute in heftiger Weise gegen das Schießen, gegen die Auflösung der Konstituante und noch mehr gegen die Ermordung von Schingarew und Kokoschin. Das gewichtigste aller Argumente aber ist der Mangel an Brot. Es gelangen jetzt täglich Viertel-Pfundbrote von sehr schlechter Beschaffenheit zur Verteilung; es ist möglich, daß auch diese Verteilung ganz aufhört. Die Brotpolonaisen verwandeln sich jetzt in Entrüstungs-Versammlungen.

Im Hinblick auf die wachsende Unzufriedenheit haben die Bolschewiki in den letzten paar Tagen ihren aggressiven Ton etwas geändert. Sie machen sich die Mühe, die Ermordung der früheren Minister aufzuklären und ließen 20 dabei beteiligte Personen verhaften.

Bern, 2. Febr. „Corriere della Sera" meldet aus Petersburg: „Novaja Shizn", das Blatt Maxim Gorkis, wurde trotz seiner extremen Tendenz wegen seiner Kritik an den Regierungsmaßnahmen Lenins verboten. Man bereitet einen neuen Erlaß zur Beschlagnahme aller Goldsachen, Juwelen und des Privatbesitzes vor. Wahrscheinlich werden auch die Juwelen in den Museen und Klöstern in die Beschlagnahme einbegriffen werden. Ein anderer Erlaß sieht Enteignung sämtlicher Privathäuser in Petersburg vor. Diese sollen in Gemeindebesitz übergehen.

Die Preise für die Lebensmittel erreichen eine schwindelnde Höhe. Ein Kilo Kartoffeln kostet fünf Rubel, Zucker fehlt vollkommen. In den Kasernen der maximalistischen Soldaten dagegen herrscht Ueberfluß. Die Lage führt täglich zu blutigen Zwischenfällen. Die Volksbeauftragten unterhandeln mit den Arbeiterdelegierten, die mit Vergeltungsmaßnahmen drohen, falls die Regierung nicht für eine genügende Versorgung des Proletariats das Notwendige tue. Hungersnot gesellen sich die Krankheiten bei. Typhusepidemie macht rasende Fortschritte. Man fürchtet sich vor der Pest, die von Soldaten durch Rußland verbreitet wird.

Die Zustände in Helsingfors

Stockholm, 3. Febr. Wie „Dagens Nyheter" erfahren, mehren sich in Helsingfors die Ermordungen von Bürgern durch Rote Gardisten. Im Leichenhause sind bereits 30 Leichen aufgebahrt. Gestern wurden auf einigen Straßen Maschinengewehre aufgestellt und das Theater von Helsingfors verwüstet. Rote Gardisten haben auch den ganzen Goldvorrat der finnischen Bank weggeschafft.

Der deutsche Schlachtbericht

Berlin, 3. Februar. An der Westfront wurde am 2. Februar die Gefechtstätigkeit lebhafter. Der englische Offizier Mönch wurde von zwei englischen Kampfgenossen geführt, die bei ihrem vergeblichen Angriff starke blutige Verluste erlitten. Auch eine alkoholisch stark aufgemunterte französische Kompagnie wurde bei ihrem Vorstoß auf Brancourt von unsern vorgeschobenen Sicherungen abgewiesen und ließ mehrere Gefangene in unserer Hand. Der Flugbetrieb war auf beiden Seiten rege. Die Bahnanlagen von Albert, Bapaume, Douai, Chauny wurden ausgiebig mit Bomben belegt. Bei Montmedy le Petit wurde ein feindlicher Fesselballon brennend zum Sturz gebracht.

Kaiser Karl im eroberten Italien

Belluno, 2. Febr. Kaiser Karl traf in Begleitung des Chefs des Generalstabes Freiherrn von Arz am 31. Januar früh in Udine ein, wo er Truppen und Anstalten im Raum von Udine—Azzano Decimo, an der Livenza und an der Piave besuchte. Am 1. Februar begab sich der Monarch in die Räume von Sacile, Toris und Bulluno, sodann durch Cadora nach Tobiach und von er mit der Bahn nach Innsbruck fuhr und am 2. Februar die Kaiser-Jäger-Ausstellung eröffnete. Der Monarch konnte die Fortschritte in den militärischen Einrichtungen bei seiner Anwesenheit auf diesem Kriegsschauplatz und die Fortschritte in der Verwaltung des Okkupationsgebietes seit seinem letzten Besuch enthalt in Venetien erkennen. Die Kommunikationen waren nun größtenteils wieder freigemacht und die Bente zusammengeraten und teilweise auch schon abtransportiert. Die Straßen waren ausgebessert, zerstörte Brücken wiederhergestellt und die Bahnen zum guten Teile in Betrieb gesetzt. Die Leistungen der technischen Truppen und Arbeiterabteilungen gedachte der Monarch wiederholt mit warmen Worten. Die vielfach zerstörten und geplünderten Städte und Dörfer sind wieder in Ansiedlungen geworden. Die flüchtenden Italiener brannten an vielen Stellen Häuser und Scheunen nieder und zerbrachen Läden und Wohnungen. Nun kehrt namentlich die ärmere Bevölkerung wieder. Sie wird von den österreichisch-ungarischen Truppen mit Lebensmitteln versehen.

Die österreichische Lösung der polnischen Frage

Wien, 2. Febr. Die „Ostrauer Zeitung" brachte die Meldung, daß der Minister des Aeußern Graf Czernin Mitglieder der ukrainischen Delegation gegenüber erklärt habe, daß die österreichisch-polnische Lösung fallengelassen worden sei und daß sich die Proklamierung einer polnischen Republik in Warschau mit Anschluß an Rußland vorbereite.

Das Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Büro ist ermächtigt, diese auch in polnische Blätter des Okkupationsgebietes übergegangene falsche Meldung aufs entschiedenste zu dementieren. Der Minister des Aeußern Graf Czernin hat weder diese noch eine ähnliche Aeußerung getan, welche eine derartige den Tatsachen widersprechende Auslegung gestatten würde.

Kaiser Karl soll also immer noch König von Polen werden.

Die Konferenz der Alliierten in Versailles

Paris, 3. Febr. Die Arbeiten der Konferenz der Alliierten wurden Sonnabend nachmittag beendet. Die im Laufe der Sitzungen gefaßten Beschlüsse ergaben eine vollständige Uebereinstimmung der Ansichten der alliierten Mächte. Eine amtliche Kundgebung wird hierüber vermutlich am Sonntag abend in Rom, Paris und London erfolgen. Lloyd George, Orlando und Sonnino verabschiedeten sich in Versailles von Clémenceau und kehrten nach ihren Hauptstädten zurück. Nach den Ergebnissen der Konferenz am späten Sonnabend nachmittag befragt, erklärte Clémenceau: Alles, was ich jetzt sagen kann, ist, daß die Ergebnisse sehr glücklich sind.

Abflauen des Streiks in Spandau

Spandau, 2. Febr. Die Streiklage in Spandau ist auch heute eine durchaus ruhige. Infolge des gestern verkündeten verschärften Belagerungszustandes haben sich die rabaulustigen Elemente unter den Streikenden von der Straße völlig zurückgezogen. Die Militärpatrouillen, die fortgesetzt die Straßen durchziehen, erinnern fast einzig und allein noch an die ungewöhnliche Situation, in der sich die Bevölkerung befindet. Sowohl in den Staatswerkstätten wie auch in den Privatrüstungsbetrieben ist die Zahl der Streikenden auch heute wieder nicht unwesentlich herabgegangen. Nur in der Artilleriewerkstatt Süd und in der Gewehrfabrik, in der Orenstein & Koppel A.-G., und in den Siemenswerken in der Siemensstadt ist sie noch einigermaßen bedeutend, aber auch hier ist ein Abflauen der Streiklage festzustellen. Der Höhepunkt ist jedenfalls schon seit zwei Tagen überschritten, und es hat den Anschein, als ob der nichtkriegstätige Teil der Arbeiterschaft nunmehr die Oberhand behält und bald die Situation vollständig beherrschen wird.

1000 Mark Belohnung

Berlin, 2. Febr. Auf die Ergreifung der Person, die bei den Moabiter Unruhen den Polizeiwachtmeister Thimian erschossen hat, ist von der Polizeibehörde eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Zweckdienliche Mitteilungen nehmen die Polizei-Präsidien in Berlin und Charlottenburg sowie jedes Polizei-Revier entgegen.

Zionist Dr. Tschlenow †

London, 1. Febr. Doktor Tschlenow, Vizepräsident der internationalen Zionistenvereinigung, ist gestorben.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr. Hans Simon; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: Georg Fernandes; für Oertliches und den übrigen Teil: Adolf Meyer; für den Anzeigenteil: Otto Kreisburg, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191802041-13/fragment/page=0002